

I. Anmeldung

TOP: 10.0

Sozialausschuss Sitzungsdatum 13.10.2016 öffentlich

Betreff:

**Angebot des Jobcenters für Neuzugewanderte
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 18.12.2015**

Anlagen:

- 10.1 Sachverhalt
- 10.2 Anlage 1: Maßnahmen des Jobcenters Nürnberg-Stadt für Menschen mit Migrationshintergrund (u.a. EU-Neuzugewanderte)
- 10.3 Anlage 2: Maßnahmenangebote des Jobcenters Nürnberg-Stadt für Neuzugewanderte mit Fluchthintergrund
- 10.4 Anlage 3: Antrag auf Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
Kommission für Integration	06.10.2016	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Die Sachverhaltsdarstellung zum Angebot des Jobcenters Nürnberg-Stadt für Neuzugewanderte nimmt die Zielgruppen der neuzugewanderten EU-Bürger und der Asylberechtigten in den Fokus. Der größten Zuwachs im Zeitraum 04/2015 bis 03/2016 im Kundenbestand des Jobcenters wurde erwartungsgemäß bei Personen mit syrischer Nationalität verzeichnet. Ein positiver Zuwachs wurde auch bei Personen mit irakischer, bulgarischer und rumänischer Nationalität konstatiert.

Für die neuzugewanderten Personen im Leistungsbezug des SGB II realisierte das Jobcenter zusammen mit verschiedenen Trägern diverse Maßnahmen, die hauptsächlich sprachliche und berufsbezogene Schwerpunkte aufweisen.

Die Zusammenarbeit des Jobcenters mit den verschiedenen Migrationsberatungsstellen stellt einen entscheidenden Erfolgsfaktor für die Integration der zugewanderten erwerbsfähigen SGB II-Leistungsbeziehenden und -bezieher dar. Diese Zusammenarbeit wurde in den letzten Monaten wieder erfolgreich intensiviert.

Bei der Leistungsbeantragung durch neuzugewanderte Geflüchtete kann das Jobcenter Nürnberg-Stadt bei erhöhtem Antragsvolumen einen vereinfachten Antrag verwenden.

Bezug zu den Leitlinien des Orientierungsrahmens für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik:

Leitlinie 4: Beschäftigung ermöglichen

Leitlinie 9: Zuwanderung gestalten, interkulturelle Vielfalt leben

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja

- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
 - Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 - Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 - Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Die Darstellung berichtet über Maßnahmen speziell für Neuzugewanderte.
Einzelne Maßnahmen richten sich darüber hinaus beispielsweise nur an Geflüchtete oder nur an Frauen mit Migrationshintergrund.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- Ref. IV
-
-

II. Herrn OBM

III. Ref. V

Nürnberg, 23.09.2016
Pröllß

(55 00)